



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11/2 Sgr. Inserationsgebühr für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Beilage 1 1/2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 426. Mittag-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 12. September 1862.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Weimar, 11. September. Im weiteren Verlaufe der heutigen Sitzung des volkswirtschaftlichen Congresses wurde die Anwendung der Gewerbefreiheit und Freizügigkeit auf Advokaten und Ärzte beschlossen. Die Bankfrage und sonstige Anträge wurden dem nächsten Congresse vorbehalten.

Demnächst wurde der Congreß geschlossen.

Die ständige Deputation des volkswirtschaftlichen Congresses ist durch Hopf, Biedermann, Franke, Michaelis, Müller und Böling ergänzt worden. Zum Vorsitzenden wurde Kette, zum Schatzmeister Hopf gewählt.

Turin, 10. Sept. Nach der „Discussion“ wäre der Schluß der Sitzungen der Kammern nahe bevorstehend.

Der Kriegsminister hat beschlossen, diejenigen gefangenen Garibaldianer, welche noch nicht 18 Jahre alt sind, ihren Familien zurückzuschicken.

Neapel, 9. Septbr. Bischof wurde zu zehnjähriger Zwangsarbeit verurtheilt.

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

45. Sitzung des Hauses der Abgeordneten (11. Sept.).

Präs. Grabow eröffnet die Sitzung bei starkbesetztem Hause um 9 1/2 Uhr. Die Tribünen sind lange vor Beginn der Sitzung bis auf den letzten Platz gefüllt. In der Herrenhausloge: Herr v. Kleist-Rekow und einige andere Mitglieder des Hauses, in der Hofloge erscheint bald nach Beginn der Sitzung General von Brangel, die Diplomatenloge ist schwach besetzt. Am Ministertisch: sämtliche Minister, Major Schwarze, Oberst v. Bose, Geh. Kriegsrath Sirtus, Geh. Finanzrath Mölle als Regierungskommissare. Die Abgg. Landrath Freiherr v. Seibert-Hof und Graf v. Vasek (2) sind in das Haus eingetreten. Ein Urlaubsgesuch wird bewilligt, drei Abgg. sind für die heutige Sitzung entschuldigt. Die gestrigen Beschlüsse des Herrenhauses sind eingegangen. Die Änderungen im Briefstellengesetze (es ist darin statt „von 1. Septbr. 1862“ das Wort „fortan“ gesetzt) werden einstimmig genehmigt.

Vor Eintritt in die L.-D. ergreift der Abg. Kantak das Wort, um zu constatiren, daß er bei Gelegenheit der in letzter Sitzung beschlossenen handelspolitischen Resolution nicht mit „Nein“, sondern mit „Ja“ gestimmt habe.

Den einzigen Gegenstand der L.-D. bildet der Bericht der Budgetcommission über den Militäretat. (Ref. Abg. v. Baerli.) Das Zweite-Staats-Hausen-Sybel'sche Amendement wird von Seiten der Fractionen v. Vinde und v. Mölne ausreißend unterstützt.

Beim Beginn der Generaldiscussión ergreift der Handelsminister von der Heydt das Wort, und giebt folgende Erklärung ab. (Dieselbe wird in einzelnen Stellen von Zeichen der Nichtbilligung begleitet; bei der Stelle, welche das Zustandekommen eines Staatsgesetzes durch die Comm.-Anträge für unmöglich gemacht erklärt, wird aus der Herrenhausloge ein Bravo des Herrn v. Kleist-Rekow lautbar.)

Die Erklärung lautet wie folgt:

„Die Staatsregierung kann bei der großen Wichtigkeit des Gegenstandes, über welchen die Beratung bevorsteht, nicht unterlassen, vor dem Eintritt in die Discussion ihre Ansichten dem hohen Hause näher darzulegen.

Die Nothwendigkeit einer durchgreifenden Reform der Heeres-Organisation ist in den früheren, diesen Gegenstand betreffenden Vorlagen ausführlich dargelegt worden. Es wird daher genügen, hier nur hervorzuheben, daß nach den bei den letzten Mobilmachungen gemachten Erfahrungen, nach den Wahrnehmungen über den Gang und die Natur der Kriege der neuesten Zeit und nach den veränderten politischen Verhältnissen, es als eine unabwieslich gebotene Pflicht erschien, Einrichtungen ins Leben zu rufen, durch welche die Kriegstüchtigkeit und die Kriegsbereitschaft des Heeres im Interesse der Sicherheit und Unabhängigkeit des Landes dauernd erhöht werden. Es kam im Wesentlichen darauf an, durch die consequente Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht den Friedensetat des stehenden Heeres entsprechend zu erhöhen, dagegen die Landwehr in ihren Dienstverpflichtungen zu erleichtern.

Die Umgestaltung des Heeres in diesem Sinne, über welche dem Landtage in der Session von 1860 Vorlagen gemacht waren, fand in ihrem wesentlichen Grundgedanken allgemeine Anerkennung; in einigen Beziehungen stieß sie dagegen auf Widerspruch, was zur Folge hatte, daß die damals gemachten Gesetzesvorlagen nicht zum Abschluß kamen. Der Regierung wurde jedoch auf ihren Antrag zur einstweiligen Aufrechterhaltung und Vervollständigung der Kriegsbereitschaft als Provisorium für die Zeit vom 1. Mai 1860 bis 30. Juni 1861 ein extraordinärer Credit von 9 Millionen Thalern bewilligt, mit welchem sie, wie es in dem betreffenden Commissionsberichte heißt, „nach bestem Ermessen, innerhalb der Schranken der seitherigen Gesetze — auf der Unterlage des von ihr vorgelegten Etats und mit sorgfältiger Erwägung der bei Beratung desselben zur Erörterung gekommenen Bedenken — wirtschaften sollte.“ Die definitive Regelung wurde einer neuen Beratung mit der Landesvertretung vorbehalten.

Für das Jahr 1861 wurden demnach die Mittel für die Reorganisation der Armee durch den Etat, und zwar dauernd, in Anspruch genommen, indem die Staatsregierung davon ausging, daß die neue Organisation mit den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, dem Gesetz vom 3. Septbr. 1814 über die Verpflichtung zum Kriegsdienste, völlig im Einklange stehe. Diese Auffassung wurde indessen vom Landtage nicht getheilt, vielmehr in mehreren Beziehungen für erforderlich erachtet, daß die Heeres-Organisation durch ein neues Gesetz geregelt werde. Um dieser Ansicht Ausdruck zu geben, wurde der weitere Bedarf für die Aufrechterhaltung der Kriegsbereitschaft im Extraordinarium des Etats für 1861 bewilligt und in einer Resolution ausgesprochen, daß die Regierung, falls sie die zur Reorganisation der Armee erforderlichen Maßnahmen aufrecht zu erhalten beabsichtige, verpflichtet bleibe, spätestens dem nächsten Landtage ein Gesetz beizubringen, durch welches die Organisation der Armee geregelt werde.

Um über die Absichten der Staatsregierung nicht den mindesten Zweifel zu lassen, hat bald darauf, als dieser Beschluß gefaßt war, der Finanzminister in der Sitzung des Hauses der Abgeordneten am 4. Juni 1861 erklärt:

„Bei der Discussion über die Militäraufgaben in diesem Hause sei, wie er glaube, von allen Seiten constatirt worden, daß, wie man auch über diese Frage denken möge, doch die Absicht nicht dahin gehe, mit dem 1. Januar 1862 mit einemmal den früheren Zustand wieder herzustellen und die Zahl von 117 Bataillonen ohne Weiteres aufzulösen etc. — und so bleibe in der That nichts übrig, als daß die in das Extraordinarium verwiesenen Ausgaben, welche zur Aufrechterhaltung der Kriegsbereitschaft dienen und nicht einmalige Ausgaben seien, von dem Finanzminister so lange geleistet würden, bis über den neuen Etat Beschlüsse gefaßt worden seien.“

Bei unbefangener Erwägung dieses Herganges wird man sich der Anerkennung nicht verschließen können, daß weder von der Regierung beabsichtigt, noch von dem Landtage erwartet ist, die angestrebte Umgestaltung des Heeres sei nur eine temporäre Maßregel; im Gegentheil ist stets offen ausgesprochen worden, daß dieselbe im Interesse des Heeres und des Landes unabwiesbar dauernd geboten sei, und ihre definitive Regelung ist lediglich dadurch aufgeschoben worden, daß hierzu vom Landtage ein neues Gesetz für erforderlich erachtet wurde. Wie schon die vorerwähnte Resolution, in welcher der Weg zur Ordnung der Angelegenheit bezeichnet wird, dafür spricht, daß es nicht in der Absicht des Abgeordnetenhauses gelegen hat, die Verrückung der gegenwärtig bestehenden Heeres-Einrichtungen vom 1. Jan. 1862 ab zu verlangen, so ist noch mehr dadurch, daß die Steuerzuschläge von 25 Proc. bis 1. Juli 1862, also über das Staatsjahr hinaus bewilligt worden sind, unabweislich anerkannt, daß der Landtag der Regierung die Mittel bat gewähren wollen, welche zur Verrückung der Kosten der neuen Heeres-Organisation auch über den 1. Januar d. J. hinaus erforderlich waren, indem die erwähnten Steuerzuschläge allein zu diesem Zwecke beansprucht sind. Diese

Auffassung findet ferner ihre Bestätigung in den Äußerungen der Commission für Finanzen und Bölle, welche in ihrem Berichte vom 19. Febr. 1861, betreffend die anderweitige Regelung der Grundsteuer, sich dahin ausdrückte:

„daß das Verlangen einer Mehr-Einnahme aus der Grundsteuer in dem mäßigen Umfange, wie es in der Vorlage dargestellt, durch die Lage des Budgets, durch die allerorts gestandene Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht und durch die eben so unbestrittene Nothwendigkeit, die Cadres der Truppenkörper zu verstärken, völlig begründet sei, wurde allgemein anerkannt.“

Das seit 12 Jahren bestehende, durch die diesjährigen Staatsvorlagen nunmehr abgeänderte Verfahren, nach welchem die gesetzliche Feststellung des Staatshaushalts-Etats erst gegen Mitte des Staatsjahres erfolgt, ließ überdies der Regierung keine Wahl, ob sie die nicht in einmaligen Ausgaben bestehenden Kosten der neuen Heeres-Organisation auch über den 1. Januar d. J. hinaus leisten lassen wollte oder nicht. Sie würde offenbar gegen das Interesse des Landes und die Absichten seiner Vertreter gehandelt haben, wenn sie die erwähnten Ausgaben, weil die Bewilligung derselben formell noch nicht erfolgt war, eingestellt hätte. Denn darüber wird kaum eine Meinungsverschiedenheit bestehen können, daß es unbedingt nothwendig ist, das Bestehende bis zur definitiven Ordnung der Angelegenheit zu erhalten.

Die Staatsregierung hat daher, wie bei gebräuchlicher Würdigung der Sachlage nicht verkannt werden kann, in dem guten Glauben gehandelt, durch die fernere Aufrechterhaltung der neuen Armee-Organisation nur eine gegen das Land ihr obliegende unabwiesbare Pflicht zu erfüllen, sie hat eine unbefangene sachgemäße Beurtheilung ihres Verfahrens nicht zu scheuen, noch weniger aber befürchten können, daß die Bewilligung der erforderlichen Mittel Anstand finden könnte. Denn in dem Umstände, daß ein Gesetz über die Regelung der Armee-Organisation noch nicht vereinbart ist, kann unmöglich ein zureichendes Motiv für die Veräußerung der bezeichneten Ausgaben gefunden werden, um so weniger, als der Landtag, welchem das von der Staatsregierung beobachtete Verfahren vollständig bekannt ist, einen Widerspruch dagegen bisher nicht erhoben hat, und die Regierung bei allen ihren bisherigen militärischen Einrichtungen und Actionen, und auch bei der neuesten Rüstung auf Veranlassung des turkestanischen Verfassungsstreites sich genau innerhalb der Grenze der Berechtigungen gehalten hat, welche auch die strengste Auslegung des Gesetzes vom 3. September 1814 ihr unbedingt zugestehen.

Die Staatsregierung hat ein Gesetz, die Wehrpflicht betreffend, zu Anfang d. J. dem Landtage vorgelegt, welches die Zustimmung des Herrenhauses gefunden hat. Eine Beschlusnahme des Abgeordnetenhauses ist wegen der erfolgten Auflösung desselben nicht zu Stande gekommen. In der gegenwärtigen Session ist eine solche Vorlage nur deshalb nicht gemacht worden, weil es, wie auch in der Thronrede angedeutet worden, die Absicht war, die Dauer der Session möglichst abzukürzen und deshalb keine Vorlagen zu machen, bei welchen wichtige Prinzipienfragen zur Erörterung kämen. Auch hiergegen ist von Seiten des Landtages keine Einrede erfolgt. Die Regierung wird indeß, wie sie hiermit auf das Bestimmteste erklärt, ein Gesetzesvorlage über die Wehrpflicht in der nächsten Winter-session einbringen, und glaubt mit dieser Erklärung die gegen die Bewilligung der Ausgaben für die Armee-Organisation erhobenen Bedenken umso mehr als beseitigt ansehen zu dürfen, als sie nach wie vor anerkennt, daß die jetzige Organisation der Armee, insoweit solche eine dauernde Erhöhung des Etats oder eine anderweitige gesetzliche Regelung der Dienstverpflichtung erfordert, so lange als eine definitive nicht betrachtet werden kann, als das, was die verfassungsmäßige Zustimmung des Landtages erteilt sein wird, daß mithin durch die Bewilligung des Etats für 1862 den künftigen Beschlüssen über die Wehrverfassung in keiner Weise präjudicirt werden soll. Wenn die Commission besonders daran Anstoß genommen hat, daß die Ausgaben für die Armee-Organisation im Ordinarium des Etats für 1862 ohne besondere Motivirung in Ansatz gebracht worden sind, so ist übersehen worden, daß gleichzeitig mit diesem Etat die Novelle zum Gesetz vom 3. Sept. 1814 dem aufgelösten Abgeordnetenhaus vorgelegt war und angenommen werden konnte, daß eine gleichzeitige Feststellung dieses Gesetzes und des Etats stattfinden werde. Eine gänzliche Umarbeitung dieses Etats bis zum Zutritt des gegenwärtigen Abgeordnetenhauses war bei der Kürze der Zeit nicht ausführbar.

Sobald Werth darauf gelegt werden sollte, die Ausgaben für die Heeres-Organisation in Uebereinstimmung mit dem Vorgange des Jahres 1861 in das Extraordinarium des Etats zu übertragen, wird die Staatsregierung dem nicht entgegen sein.

Die Staatsregierung darf daran erinnern, daß sie die Steuerzuschläge, deren Forterhebung nach den früheren Erklärungen bis zum Jahre 1865 in Aussicht genommen war, bereits mit dem 1. Juli d. J. abzugeben, wodurch dem Lande eine bedeutende Steuer-Erleichterung im Betrage von 3 1/2 Mill. Thalern jährlich gewährt wird, daß gleichwohl die vorliegenden Etats mit ihrem höheren Defizit abschließen, als es bei Forterhebung der Steuerzuschläge der Fall war. Die erfreuliche, nicht vorhergesehene Steigerung der Staats-Einnahmen und eine wesentliche Ermäßigung des Militär-Etats haben die Mittel geboten, den vorgeachteten Ausfall zu übertragen. Es darf ferner hervorgehoben werden, daß bereits in diesem Jahre eine frühere Entlassung der Reservisten stattgefunden hat und die Einberufung der Rekruten statt am 1. October d. J., erst in den ersten Monaten des nächsten Jahres geschehen wird. Auch hierdurch ist den landgegebenen Wünschen entgegengekommen und den Wehrpflichtigen eine Erleichterung zu Theil geworden. Es ergiebt sich aber hieraus, daß eine Ermäßigung der Ausgaben für die Heeres-Organisation im Etat für 1862 nicht mehr möglich ist, weil schon jetzt bei der Infanterie nur zwei Jahrgänge sich bei den Fahnen befinden.

In Rücksicht auf die Finanzlage des Staats kann die Genehmigung des Etats für 1862 nicht dem mindesten Bedenken unterliegen. Es ist bereits von dem Commissarius der Regierung in der Commission näher nachgewiesen worden, daß für die Armee-Organisation bis Ende des Jahres 1861 neben dem Steuerzuschlage nicht nur kein extraordinärer Zuschuß erforderlich gewesen, sondern aus dieser Zeit noch ein Ueberschuß von 858,000 Thlrn. an den Staatskassas abgeliefert ist, und daß es für das laufende Jahr, obgleich der Etat mit einem Defizit von 3,385,000 Thlrn. abschließt, eines Zuschusses aus dem Staatskassas in Wirklichkeit nicht bedürfen wird, indem die Einnahmen sich so günstig gestaltet haben, daß der vorerwähnte Betrag in Mehr-Ueberschüssen über den Etat hinaus seine vollständige Deduction finden wird. In der That hat die große Vorsicht, mit welcher bei Veranschlagung der Staats-Einnahmen zu Werke gegangen wird, stets dahin geführt, daß in der Wirklichkeit sich erhebliche Mehr-Ueberschüsse gegen den Etat ergeben haben. So namentlich

für 1857	2,103,000 Thlr.,
„ 1858	5,475,000 „
„ 1859	6,042,000 „
„ 1860	3,867,000 „
„ 1861	2,677,000 „

Also in 5 Jahren 20,164,000 Thlr.
und im Durchschnitt jährlich 4,033,000

Darnach ist anzunehmen, daß es auch für das Jahr 1863 und weiter extraordinärer Zuschüsse zur Deduction der etatsmäßigen Ausgaben, einschließlich der Kosten der Armee-Organisation, nicht bedürfen wird, und daß die Annahme der Commission, es werde bis zum Jahre 1870 ein Zuschußbetrag von 34,527,000 Thlr. nöthig sein, auf ganz irrigen Voraussetzungen beruht, insofern dabei nicht berücksichtigt ist, daß mit der weiteren Durchführung der Organisation, wie wiederholt erklärt worden, nur insoweit vorgeschritten werden soll, als solches die Lage der Finanzen gestattet. Wie wenig die vorgeachtete Berechnung zutrifft, zeigt eine Vergleichung derselben mit dem Etat pro 1863. Während die Berechnung unter Einrechnung der Steuerzuschläge einen Zuschußbedarf von 7,326,000 Thlr. ergiebt, belauf sich der letztere nach dem Etat auf nur 3,180,000 „

mithin weniger 4,146,000 Thlr. und in gleicher Weise wird das Verhältniß in den folgenden Jahren zu stehen kommen, nicht zu gedenken, daß, wie vorhin gezeigt, Mehr-Ueberschüsse voraussichtlich regelmäßig wiederkehren und jeden Zuschuß entbehrlich machen werden.

Die Staatsregierung ist sich bewußt, daß sie zur Herausgabe der Kosten der Armee-Organisation der nachträglichen Zustimmung des Land-

tages eben so bedarf, wie zu allen übrigen Ausgaben, welche vor gesetzlicher Feststellung des Etats geleistet sind, und sie glaubt auf diese Zustimmung um so mehr mit Sicherheit rechnen zu dürfen, als nachgewiesen ist, daß die fraglichen Ausgaben nicht zu vermeiden waren und im guten Glauben geleistet sind, daß eine weitere Ermäßigung derselben nicht thunlich ist, und daß zu ihrer Deduction hinlängliche Mittel in den gesetzlich bewilligten Einnahmen vorhanden sind.

Der Umstand, daß das Gesetz, durch welches die Wehrpflicht allgemein geregelt werden soll, nicht in der gegenwärtigen Session, sondern erst in der folgenden, also wenige Monate später vorgelegt werden soll, kann es nicht rechtfertigen, durch Veräußerung der nöthigen Mittel eine Situation zu erzeugen, welche geeignet ist, die Ordnung im Staatshaushalte in der bedenklichsten Weise zu stören, die innere Verwaltung des Landes zum größten Nachtheil der wichtigsten öffentlichen Interessen zu lähmen, und die Regierung dem Auslande gegenüber in eine Lage zu bringen, welche ihr auch die Lösung der nach dieser Richtung ihr obliegenden Aufgaben erschwert.

Die Staatsregierung erkennt mit der Commission an, daß die Verfassung das Zustandekommen eines Staatsgesetzes unbedingt voraussetzt. Wenn aber die Commission gleichwohl die Ablehnung der Ausgaben für die Reorganisation der Armee empfiehlt, und schon bis an die äußerste Grenze zu gehen glaubt, indem sie sämmtliche zur Existenz des Staates notwendige Ausgaben bewilligt und für das Heer nur die Summe, welche bis zum Jahre 1860 ausgereicht habe, zugestehen, so kann sie sich darüber nicht täuschen, daß sie durch diese Vorschläge das Zustandekommen eines Staatsgesetzes unmöglich macht, weil sie die Thatfache gänzlich unberücksichtigt läßt, daß die Ausgaben für 1862 größtentheils bereits geleistet sind und in den letzten Monaten Ersparnisse nicht mehr gemacht werden können.

Indem die Staatsregierung die erste Erwägung dieser Erklärung dem hohen Hause empfiehlt und hierdurch wiederholt, daß es ihr fern liegt, die verfassungsmäßigen Rechte des Abgeordnetenhauses zu beeinträchtigen, indem sie vielmehr ausdrücklich anerkennt, daß alle Ausgaben der Zustimmung des Landtages bedürfen, und die Zustimmung erneuert, daß sie in der nächsten Session das gewünschte Gesetz über die Leistung der Wehrpflicht vorlegen wird, kann sie, in dem Bewußtsein, daß sie nach Lage der Verhältnisse im allgemeinen Staats-Interesse nicht anders, als geschehen, verfahren konnte, der Beschlusnahme mit der Verhütung entgegenstehen, welche die Ueberzeugung gewisserhafter Pflichterfüllung gewährt. Die Staatsregierung ist sich bewußt, durch thatkräftiges Entgegenkommen ihr aufrichtiges Bestreben an den Tag gelegt zu haben, eine Lösung der obschwebenden Frage zu erleichtern; sie beharrt auch ferner in dieser Gesinnung; aber sie darf auch nicht unterlassen, der Landesvertretung die ganze Schwere der Verantwortung vor Augen zu stellen, welche auf einer Veräußerung der nach Lage der Sache durchaus unentbehrlichen und nachweislich vorhandenen Mittel ruhen würde.“

Die Rednerliste wird hierauf verlesen, sie ergiebt etwa 50 Namen, die größere Hälfte derselben gegen die Commissions-Anträge eingezeichnet. Die Reihenfolge beginnt — abwechselnd gegen und für — wie folgt: v. Sybel, Walder, v. Goltberg, v. Carlomag, v. Vinde, v. Albrecht, v. Birkow, v. Vinde (Starogard), v. Hoyerbeck, v. Sänger, Gneist, Gr. Behnke-Huc, v. Jordanbeck, Baier, Kupp, v. Bonin (Stolz), u. j. w. — Der erste Redner ist Abg. v. Sybel: Nicht ein Mitglied des Hauses, nicht ein guter Patriot im Lande wurde die eben gehörte Erklärung mit einem anderen Gefühl, als dem der tiefsten Betrübniß gehört haben (Bravo.). Obwohl er mit einem großen Theil der Commissions-Anträge nicht einverstanden sei, müsse er dagegen, daß die Regierung die Verantwortlichkeit der Landesvertretung aufbürden wolle, doch feierlichst Verwahrung einlegen (Bravo.). Es sei nicht richtig, daß die Staatsregierung sich im formellen Rechte befinde; dieselbe sei auf das Größlichste verkehrt worden durch die definitiven Ernennungen in Folge der Reorganisation. Die Reorganisation habe von dem Tage ihrer Geburt an der Armee den Stempel der Ungesetzlichkeit aufgedrückt und trage ihn, bis die Regierung dies anerkenne, Indemnität nachsuche und durch ein definitives Gesetz die Frage geregelt sei. (Bravo.) Die Staatsregierung gebe heute das Versprechen einer Gesetzesvorlage in wenigen Monaten und fordere das Haus auf, jetzt schon zu verfahren, als ob das Gesetz bereits gegeben sei. Auch im Jahre 1860 hatte die Landesvertretung Vertrauen, auch damals wurde ein Versprechen gegeben und gleich darauf, gleichsam in das Angesicht der Landesvertretung hinein, die Fahnen gewiebt, welche die definitive Regulirung des neuen Zustandes darstellen sollten. So lange derselbe, persönlich ehrenhaft aber politisch unzuverlässige Mann an der Spitze dieses Departements stehe, könne von Vertrauen nicht die Rede sein. — Durch das Land gehe seit Jahren der Ruf nach Abtödtung der Präsenzzeit, nach 2jähriger Dienstzeit. Davon sei in der Erklärung der Regierung nicht die Rede, nur die Mittheilung sei darin enthalten, daß factisch nur zwei Jahrgänge sich unter den Fahnen befänden. Der Prinzipienfrage gegenüber verhalte sich die Regierung noch jetzt negativ. — Wiße die Regierung nicht, durch welche Factoren die Armee des großen Friedrich, die Armee von 1813 ihre Siege errang? Nicht durch Kopfzahl und die Ausbildung, sondern wesentlich durch das Gefühl des ganzen Volks, daß es eins sei mit der Armee. Auch wenn die zweijährige Dienstzeit zur Ausbildung nicht ausreichte, würde die Sympathie des Volkes, selbst in militärischer Beziehung, die etwaigen Mängel ersetzen (Bravo.). Auch wenn die Regierung noch so überzeugt wäre von den Vorzügen der neuen Organisation, müsse sie sich sagen, daß der legalen Beschlässe des Volks und seiner Vertretung gegenüber Unmöglichkeit nicht zu leisten sei. Sie werde nachgeben, weil sie es müsse. Es frage sich nur, ob sie freiwillig von Concession zu Concession geben wolle, oder ob sie durch Widerstand alle Sympathien und moralischen Groberungen aufgeben wolle. — Nach der heutigen Ministerialerklärung würde auch er auf die äußerste Linie des gesetzlichen Widerstandes gehen, mit der Commission stimmen, wenn sich derselbe zu seinem eigenen Amendement nur wie das Strengere zum Mildereren verhielte. Das sei aber nicht der Fall, denn er gehe über die Forderung der zweijährigen Dienstzeit hinaus. Die Finanzen des Landes seien zwar nicht in dem Zustande gewisser Nachbarn, aber wenn in dieser Weise im Militärbudget fortgewirtschaftet werde, so sei die Last nicht mehr zu tragen. Es handle sich deshalb um Ermäßigungen. Es sei aber nicht richtig, wenn die Commission beantrage, mit einem Federstrich die ganzen Reorganisationskosten abzusehen und damit ohne Weiteres auf den Zustand von 1860 zurückzugehen, die Armeeverfassung wieder in den Stand von 1859 zu setzen. Ein solches Resultat würde er tief beklagen, einen Zustand, der bei einer Mobilmachung sofort auch die älteren Klassen mit heranziehe. Deshalb hätten er und seine Freunde ihren Vermittelungsantrag gestellt.

Die Budget-Commission habe in zu großer parlamentarischer Bescheidenheit gehandelt, wenn sie aus angeblich mangelndem Sachverständniß sich auf den rein negativen Standpunkt gestellt habe; in anderen Fragen, z. B. bei Aufstellung der Grundzüge eines Unterrichtsgesetzes, habe sie diese Rücksicht weniger gelten lassen. Wenn der Kriegsminister etwa behauptete, das Haus verstände von der Sache nichts, so sei das von seinem Standpunkte verzeihlich, der Abgeordnete habe die Pflicht, auf die Sache einzugehen. Wenn ihn der Schuß drücke, etwa ein Nagel ihn verlege, so ziehe er ihn heraus, ohne auf die Initiative des sachverständigen Schulflüßlers zu warten, wenn auch der Schuß ein organisches Ganze sei. — Auch ohne besonderes Gesetz habe die Regierung das Recht, die Friedensstärke von 1002 auf 800 Mann herabzusetzen und bei einer Mobilmachung sei sie zur Einberufung der Landwehr nicht gezwungen, wie die letzte Mobilmachung gegen Hesse zeige. Die Landwehr ersten Aufgebots bilde eine imposante Macht. Diese zerstöre die Reorganisation, indem sie dem ersten Aufgebote die Aufgabe des zweiten stelle, ohne indessen eine Illegalität zu enthalten. Dieselbe verlege namentlich das Gesetz vom 3. September 1814 nicht. Den Vorwurf einer Gesetzesverletzung könne man der Regierung also nicht machen. Darin befinde sich der Commissionsbericht im entschiedenen Irrthume. — Soviel er die Stimmung des Landes kenne, fordere es einstimmig eine Reformation des gegenwärtigen Zustandes. Im Jahre 1844 sei aus einer Commune seiner Heimathprovinz eine Landwehrcompagnie von 250 Mann ausgezogen und die Commune habe 242 Familien zu unterstützen gehabt. Deshalb sei es allerdings ein Gebot der Nothwendigkeit die Familienväter, das jegige erste Aufgebot, in die Reserve zu verweisen. — In Betreff der politischen Seite der Frage sei die Ausdehnung der Armee als eine Gefahr für das Land betrachtet worden: Mißstände seien allerdings vorhanden und zu beseitigen; aber die Anträge der Commission wirkten darauf nicht, oder doch in unrichtiger Weise. So beantrage sie Streichung der Reorganisationskosten in Pausch und Bo-

gen, gleichviel ob die neuen Einrichtungen gut oder schlecht seien. Sie erhalte die Miffstände, wenn dieselben nur alt seien. Die Beschwerden der Commission über den erdlichen Geist des Officierscorps gehöre nicht hierher. Der Bürger möge nur Gleiches mit Gleichem vergelten. Ein Umstand sei aber nicht berückfichtigt: es sei seit den letzten Jahren eine politische Farbe in der Armee; das taue nichts. Die Armee sei für den Krieg da; sie dürfe, wie jedes Staatsinstitut, keine politische Parteilichkeit haben. Sie befände sich jetzt im Widerspruch mit der politischen Meinung der Majorität des Volkes, „Deutschland“ sei ein nicht gern gehörtes Wort in derselben. Dieses Verhältnis habe den Verhandlungen in der Commission eine eigene Farbe gegeben, und davon zeuge auch der Commissions-Bericht, der stellersweise den Eindruck mache, als müsse man vor Allem in jeder Weise die Möglichkeit eines Krieges verhindern, als befände man sich einer ganz besonders erobungsstüchtigen, kriegerischen Regierung gegenüber. Das sei denn doch aber der Fehler unserer Regierung gerade nicht; sie habe vielmehr seit 1815 den Degen einrasten lassen, und gerade diese Hoffen gaben dem Degen ein böses Ansehen in den Augen des Volkes. — Die Landwehr von 1815 sei wenige Jahre nach einer großen Katastrophe gebildet worden aus Elementen, namentlich Offizieren einer großen kriegerischen Armee; deshalb sei insbesondere auf Bildung eines möglichst großen, geübten Officierscorps zu sehen. — Die politischen Verhältnisse seien nicht anders beschaffen, als im Jahre 1860, wo man die Kriegsbereitschaft, d. h. die Vermehrung der Armee, für erforderlich erachtet habe. Auch damals sei der Kaiser von Frankreich überströmt von Freundschafts-Ber Versicherungen, auch jetzt sei die Lage Italiens noch keine andere als damals, u. s. w.

Die politischen Zustände der Gegenwart seien nicht so geartet, daß man eine Entlassung antrahen könne. Er erinnere an die dänisch-preussischen und die österreichisch-preussischen Kriege. Zwischen zwei andern Großmächten würde ein solcher Notenwechsel die schwersten Folgen gehabt haben, die hier nur verhindert seien, weil Oesterreich keinen Krieg führen könne, Preußen keinen Krieg führen wolle. Für die Machtstellung Preußens in Deutschland, für seine Führerschaft sei seine Bewaffnung notwendig. (Herr v. Vinde: Sehr wahr!) Nur wenn wir der Welt den Eindruck machen, daß wir kriegerisch und kriegerisch sind, sei die Wiedergeburt unseres gemeinsamen Vaterlandes möglich: Si vis pacem, para bellum. — Nach allem dem könne er sich nicht entschließen, auf den Zustand von 1859 zurückzugehen. — Der Weg, den die Comm. antrah, führe zu einer Entkräftung des parlament. Lebens; die Volksvertretung dürfe sich nicht des direkten Einflusses auch in militärischen Dingen entziehen, nicht das Insultestreten der Wünsche des Volkes von dem Erlaß eines Gesetzes abhängig machen. Wenn würden die drei Factoren der Gesetzgebung wohl über eine solche Vorlage einig sein? — Er bitte um Annahme seines Verbesserungsvorschlags. (Bravo von der Fraction v. Vinde.)

Abg. Dr. Waldeck geht zunächst ebenfalls auf eine Widerlegung der von dem Finanzminister in der ministeriellen Erklärung aufgestellten Gesichtspunkte ein. Der Minister wolle die Sache auf eine Finanzfrage herabdrücken. Er stelle eine Gesetzesvorlage in Aussicht, aber habe nichts davon gesagt, daß er den Etat für 1853 einseitigen zurückziehen wolle, er verlange also, das Haus solle diesen ohne vorgängiges Gesetz bewilligen und doch habe er heute selbst die Nothwendigkeit des Gesetzes zugegeben. Man könne nichts bewilligen, so lange das in Aussicht gegebene Gesetz noch nicht vorhanden. Wenn man im Etat die Positionen streiche, die nicht auf geordneten und verfassungsmäßiger Grundlage ruhen, so erfülle man nur eine nicht abzulehnende Pflicht. Es gehe nicht, ewig zwischen Ja und Nein hindurchzuschlappen zu wollen, das habe man drei Jahre gethan, aber diese Position sei nicht mehr haltbar. Uebrigens seien die Mehrforderungen für den Militäretat stets nur provisorisch bewilligt worden; die Regierung möge die Reorganisation für definitiv gehalten haben, aber wie könne man zu sagen wagen, daß das Abgeordnete Haus zu der neuen Einrichtung jemals sein Einverständnis gegeben habe. Wollte man jetzt aus diesen ungesicherten Zuständen heraus, so würde das Haus übel thun mit Vorschlägen dazu, vielmehr sei es Sache der Regierung, die Initiative zu ergreifen, so lange dies nicht geschehen, bleibe für das Abgeordnete Haus die einzige Möglichkeit, sich auf den rein objectiven und gesetzlichen Standpunkt zu stellen und die Positionen, welche die Probe der Gesetzlichkeit nicht ertragen, zu streichen. (Bravo!) Wollte die Regierung wirkliche Verbesserungen einführen, so würde man ihr gern die Hand bieten, das erkläre er in seinem Namen und könne es auch Namens seiner Partei. — (Bravo!) Wenn nun der Finanzminister anzudeuten schiene, daß der Conflict durch die Schuld des Abgeordneten-Hauses entstanden, so sei dies vollständig unbegründet. Die principielle Schuld der Regierung bestehe darin, daß sie gegen den ausgesprochenen Willen des Landes, und gegen den wenigstens indirekt ausgesprochenen Willen des Abgeordneten-Hauses die neue Organisation als definitiv hingestellt habe. Denn wenn man neue Regimenter gründe, wenn man das Heer von 132,000 auf 210,000 Mann erhöhe, wenn man das Officiers-Corps verdopple, dann macht man nicht vorübergehende Kriegsbereitschaft. Dann bleibt uns nichts zu thun übrig, als zu streichen (Bravo!). Jede andere Stellung würde uns entwürdigend (Unruhe zur Rechten). Das wolle er beweisen. Im absoluten Staate hätte man es nicht gemagt, in solcher Weise mit der Armee-Organisation vorzugehen, wenn man aber eine gesungene Volksvertretung habe, dann dürfe man es wagen. Auf der Volksvertretung liege die ganze Verantwortung. Man wolle gewiß ein tüchtiges Heer, ein Heer, das nicht bloß die jetzige Stellung Preußens behaupten könne, sondern auch jene zukünftige, die Preußen in Deutschland und Europa vorbehalten sei, aber man wolle kein Soldatenheer.

Auf die gesetzliche und technische Seite spezieller einzugehen, dessen fühle er sich nach den Ausführungen des Vorredners überhoben. Er müsse vornehmlich die Einleitung dieser Rede, obgleich sie mit dem Schluß nicht im logischen Zusammenhange stehe (Zustimmung links) als vollkommen richtig bezeichnen. Er wolle also sofort in die finanziellen Bedenken eintreten. Man verlange seitens der Regierung eine Mehrausgabe von 10 Millionen, man stelle gegen einen Etat von früher 31 Millionen, für die Zukunft etwa 50 Millionen in Aussicht. Nun sage man zwar, die Einnahmen, die Steuer-Erlöse steigerten sich, und alauda damit genug gesagt zu haben. Aber das sei ein curiofiser finanzieller Standpunkt. Die Steuererträge wüchsen, weil man zu viel brauche und weil die Steuern zu hoch hinaufgedraubt würden. Der Grundlag sei falsch, daß das Geld, weil es einmal da sei, auch ausgeben werden müsse. Und solle man im Uebrigen, wenn in allen andern Verwaltungszweigen so viel unbefriedigte Bedürfnisse vorhanden wären, dieselben hintenansetzen gegen eine Einrichtung, mit der Niemand im Lande zufrieden sei. Auf solche Consequenzen könne man nicht eingehen. Die finanzielle Kraft reiche nicht hin, 50 Millionen für den Militär-Etat zu beschaffen. Die Erfahrungen, welche man angeführt, seien nur für den Augenblick berechnet, nur für den, der die Augen schließen wolle. Das könne man von dem Abgeordneten-Hause nicht verlangen, darauf könne es nicht eingehen. — Redner geht nun auf die politische Frage ein, und erörtert die Nachteile bei Ausdehnung der Reservepflicht und Verkürzung der Landwehr.

Marschall Soult habe im Jahre 1831 mit Bewunderung von der preussischen Landwehr gesprochen, und auf das lebhafteste bedauert, daß in Frankreich das System der Remplacements herrsche. Dies System sei unter der jetzigen französischen Regierung möglichst gepflegt, denn diese brauche ein Soldatenheer. Wir aber seien denselben nicht bedürftig; wir trieben keine Eroberungspolitik, hätten weder italienische noch meritanische Kriege; wenn wir selbst angegriffen würden, und sei es auch von Frankreich, dann würde unsere Armee und Landwehr, so gut wie früher im Stande sein, das französische Soldatenheer zu schlagen. Dazu hätten wir es nicht nötig, uns vorher finanziell zu ruinieren. Wir gingen an der Landwehr nicht bloß wegen der glorieichen Erinnerungen, die auf ihren Fahnen ruhen, sondern weil die Männer, die sie gründeten, wohl wußten, was sie wollten, als sie gegen die stehenden Heere, das Volk in Waffen, das Volkshohe aufstellten.

Wenn man nun das stehende Heer so ansehnlich vermindert habe, so sei es für die Kräfte des Landes schlechterdings unmöglich, noch eine Landwehr zu halten. Was die Landwehr betrafte, so sei man weit entfernt, ihre Verbesserungen nicht empfehlenswerth zu finden, aber dieselbe würde zurückzuführen sein auf die frühere Organisation, als die Landwehr noch ihre eigenen Brigaden hatte. Man habe der Landwehr in Folge der Mobilmachungen ungegründete Vorurtheile gemacht. Das Gesetz von 1814 kenne keine Mobilmachungen; es sei nicht nötig, zu bloßen politischen Demonstrationen die älteren Jahrgänge einzuziehen. Die Landwehr an sich treffe kein Uebel. Aber sie sei im Vergleich gleich einem Auenwerk unserer Constitution, wie ja auch in früheren Zeiten die Engländer von uns gesagt hätten, daß die Landwehr die uns damals noch fehlende Constitution ersetze. Im Gegensatz zu diesem Auenwerk stehe jetzt ein anderes. Man könne im stehenden Heere nicht Offiziere und Unteroffiziere verdoppeln, ohne die verfassungsmäßigen Elemente zu zerstören.

Es solle damit keiner der ehrenwerthen Mitbürger im Heere angefaßt werden, aber die Institutionen seien mächtiger als die Menschen, und es sei nicht zu bestreiten, daß die militärischen Institutionen, die Militärgerichtsbarkeit, der Ausschluß von politischen Rechten das Militär von der Nation trennten. So könne man nicht die Hand bieten, die Landwehr zu zertrümmern, und man müsse es doch, wenn man ein großes stehendes Heer halten wollte, da für beide neben einander die finanziellen Mittel nicht ausreichten.

Man wolle dem Guten und Besseren nicht entgegenreten, aber man habe nur die Wahl, das Land durch die neue Einrichtung zu ruinieren oder das Alte, mit dem man bisher ausgekommen, zu erhalten. Also müsse man bei der einfachen Regierung beharren — schließlich erinnert der Redner an die Königin Elisabeth von England, welche in ihren letzten Lebensjahren mit dem Parlament in Conflict gekommen, nachgegeben und dadurch größer als vorher dastanden habe. Macaulay habe darüber in einfacher Wahrheit gesagt: Umsonst tabelte eine bössische Minderheit den Sprecher, daß er dube, wie die Handlungen Ihrer Maj. der Königin in Frage gezogen werden. Die Königin, mit bewundernswerther Einsicht und Fassung, lehnte den Streit ab, stellte sich selbst an die Spitze der reformirenden Partei, half der Beschwerte ab, dankte den Gemeinen in ergreifender und würdiger Sprache für ihre große Sorgfalt für das allgemeine Wohl, brachte die Herzen des Volks zu ihr zurück und ließ ihren Nachfolgern ein herrliches Vorbild, wie es einem Regenten bei öffentlichen Verhandlungen, denen zu widerstehen er nicht die Mittel hat, zu verfahren ziemt (hört, hört!). An diesem Vorbilde sollten die Regenten erkennen, daß es für sie, wenn sie der öffentlichen Meinung nicht widerstehen könnten, nicht unruhig sei, offen nachzugeben und so mit ihrem Volke in Einklang zu bleiben. Den Abgeordneten aber ziemte, sich des Wortes zu erinnern, das Cicero in schwerer Zeit zum Lobe eines römischen Staatsmannes gesagt: quia n. n. quod efficere possit in republica, cogitavit, sed quod facere deberet, zu deutsch: weil er nicht daran gedacht, was er ausführen könne mit seinem Wirken im Staate, sondern was er thun müsse. Und in diesem Gedanken lassen Sie uns fest sein! (Lebhafter Beifall.)

Wir theilen nun noch die Rede des Kriegsministers mit, welche auf die des Abg. Dr. Birchow (s. d. nächste Morgenblatt) folgte:

Kriegsminister von Moos: Es wird wohl erwartet, daß ich in dieser Sache das Wort nehme und ich glaube dies thun zu müssen, so wenig ich auch den rhetorischen Kräften gewachsen bin, und so wenig ich auch erwarten kann, durch meine Worte das wohl schon vorher festgestellte Wort des Hauses umzustößen. Es sind in der That die allerwichtigsten Behauptungen gemacht und Thatsachen aufgestellt worden, und es ist sehr schwer, sie alle in logischer Reihenfolge zu erledigen. Was ich zu sagen habe, habe ich zu sagen im Vollgefühl meiner Pflicht und meines Amtes, im Gefühl meiner Pflicht gegen Se. Maj. den König, gegen die Verfassung und die Idee, die meiner Fürsorge anvertraut ist. Ich verzichte auf jeden dramatischen Eindruck, den ich durch Widerlegung aller jener Ausführungen machen könnte, und möchte nur gewisse Dinge von der Discussion ausgeschlossen sein, weil darüber Niemand mehr zweifelhaft ist. Dazu gehört die Frage nach der Zweckmäßigkeit der Reorganisation. Niemand bezweifelt diese Zweckmäßigkeit (Oh! Oh! zur Linken), Niemand von den Betheiligten (Ala! links). Wenn die Herren, welche meinen Ausspruch eben verhöht haben, in der der Landwehr dienen, würden sie die Nichtigkeit desselben nicht bezweifeln. (Oh!) Als absolutist möchte ich gleichfalls eine andere Frage betrachten, das ist die finanzielle Frage. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß es weder wünschenswerth ist, lange zu dienen, noch viel Geld dafür auszugeben. Es handelt sich nur darum: ist die lange Dienstzeit Gesetz oder nicht? Kann das Land die Kosten tragen oder nicht? Beide Fragen müssen bejaht werden. (Widerspruch links.) Ich stehe in dieser Auffassung nicht allein.

Die statistische Wissenschaft hat wenigstens das Gute, daß man aus ihren Resultaten ersehen kann, was geleistet ist und was in Zukunft geleistet werden kann. Die Herren kennen ja alle die Ihnen mitgetheilte Broschüre des Geh. Rath Engel; ich brauche deren Inhalt daher nicht in extenso zu wiederholen. Das Land, welches in den Jahren 1816, 1817 und den folgenden Jahren die Lasten für die Armee aufbrachte, war ein armes, von den Anstrengungen des vorangegangenen Krieges erschöpft, vom Feinde ausgeplündertes Land, und dieses selbe Land stellte seine Kinder unter dreijährige Dienstzeit und zahlte für die Erhaltung der Armee einen höheren Prozentsatz, als von Ihnen jetzt verlangt wird. Man spricht soviel von Ueberbürdung des Landes durch Steuern, auch in andern Debatten ist vielfach davon die Rede gewesen. Eine solche Behauptung ist für mich vollkommen mysteriös, ich weiß nicht, was damit gesagt sein soll. Die Ermittlungen nachstehender Statistiken lassen es nicht zweifelhaft, daß alle derartigen Einwendungen eigentlich vollkommen in der Luft schweben. Man spricht so viel von der Verarmung des Landes. Ja, meine Herren, diese ist evident: man braucht nur auf die Straße zu gehen, sich die Häuser anzusehen, eine Reise zu machen, um zu sehen, daß den Leuten das Nothwendigste fehlt, daß Niemand Geld zum Vergnügen übrig hat. In Berlin sind im vorigen Jahre 14 Millionen verbannt worden. Die königl. Bank hat im Jahre 1837 einen Geschäftsumsatz von 171 Millionen gemacht, jetzt macht sie einen solchen von 15—1600 Millionen.

Das sind wohl alles Beweise für die Verarmung des Landes? Bis das Gegenheil erwiesen, muß ich annehmen, daß dabei ein Mysterium verborgen ist. Dabei sind vielleicht nicht bloß die nichtberücksichtigten Communalitäten im Spiel; es ist dabei vielleicht noch etwas Anderes verborgen, was mir noch nicht klar ist, oder worüber ich vielmehr mich noch nicht erklären will. — Diejenigen Herren, welche mich vorher unterbrochen haben, als ich von der Zweckmäßigkeit der Reorganisation sprach, möchte ich doch fragen: Wie würden Sie denn glauben, daß das Land denke, wenn Sie die Regierung nöthigen, sofort auf den Zustand von 1859, auf die Steuerzuschläge u. s. w. wieder zurückzugehen? Ich glaube, man würde Ihnen keinen guten Empfang im Lande bereiten. (Oh! Oh!) — Man hat von politischen Bedenken gesprochen. Ich will gleich den Hauptgesichtspunkt vorweg nehmen; denn ich lasse mich sehr ungern auf politische Diskussionen ein, aus demselben Grunde, den der Abg. v. Ebel mit der „Best der Armee“ bezeichnet. Es wird besonders betont, die Regierung habe ihre verfassungsmäßigen Befugnisse überschritten, die neue Militäreinrichtungen, so zu sagen, octroyirt. Das ist eine Behauptung, deren Richtigkeit nicht leicht übertriften werden kann. (Bewegung.) Als im Jahre 1859 der Reorganisationsplan vorgelegt wurde, handelte es sich um eine Geldforderung und ein Gesetz über die anderweitige Regelung der Dienstpflicht.

Das Gesetz kam nicht zu Stande, die Geldforderung wurde bewilligt, allerdings nur provisorisch. Soviel wurde von der Regierungsvorlage also doch für annehmbar gehalten, daß man sich veranlaßt sah, die Geldforderung zu bewilligen, also die Reorganisation für nötig hielt. Wenn es sich nun gegenwärtig nur um die Geldforderung handelt und man derselben auch jetzt in einem gewissen Grade entgegengekommen ist, so b. weiß das doch, daß die Nothwendigkeit auch jetzt noch anerkannt wird. Wenn die Reg. jetzt eine gesetzliche Aenderung nicht für erforderlich hält, so wird sie sich natürlich die Nothwendigkeit auferlegen müssen, sich innerhalb der Grenzen der bestehenden Gesetze zu halten. — Es handelt sich also um Nichts, als um die Forderung der Reg., um eine erhöhte Geldbewilligung. Die können Sie ablehnen; die Reg. wird niemals sagen, daß Sie dabei theoretisch im Unrecht seien. Sie konnten sogar der Meinung sein, daß auch das Ordinarium für 1860 noch zu hoch sei, und sich nach Maßgabe einer bekannten Flugschrift auf Befehl von 15000 Instruktionen beschränken. Es fragt sich nur, ob Sie das für vereinbar halten mit Ihren Pflichten gegen das Land. Das glaube ich aber verneinen zu können. Wenn es sich um das Budget für 1863 handelt, finde ich es ganz in der Ordnung, daß Sie zunächst die Vorlage eines Gesetzes verlangen (Ersttaunen). Aber für 1862 handelt es sich um etwas ganz Anderes. Das Budget für 1862 ist im guten Glauben aufgestellt, bis auf einen kleinen Rest im guten Glauben vorausgesetzt worden. Wenn Sie der Reg. die Mittel zur Deckung desselben entziehen, so entsteht für Sie die Frage: Leisten wir damit dem Lande einen Dienst? erfüllen wir damit unsere Pflicht? (Ja! Ja!) So stimmen Sie in Gottes Namen, wie Sie wollen! aber die Ueberzeugung nehmen Sie dann mit nach Haus, es werde Ihnen später vielleicht leid thun, daß Sie so starr am Nechtpunkt festgehalten, Ihren Beschluß in der Ueberzeugung gefaßt haben (Oh! Oh!) Mein Ausdruck ist wohl nicht parlamentarisch gewesen, ich habe ihn deshalb zu modificiren, um so mehr, da es sich hier in der That nicht um eine Ueberzeugung, sondern, wie ich wenigstens glaube, um sehr reiflich bedachte Pläne handelt.

Wenn der Abg. Birchow auf meine Jugendschriften (Heiterkeit) zurückgekommen ist und die Frage daran geknüpft hat, ob ich mich zu den Ansichten von 1839 noch bekenne, so kann ich dies einfach bejahen, aber man muß nicht einzelne Stellen der Schrift herausgreifen aus dem Buche. Die Verherrlichung unserer Landwehrsystems war eine preussische Patriotenpflicht, außerdem bin ich überzeugt, daß dieses System vortrefflich für den Zweck ist, ich bin aber auch der Meinung, daß das System durch die Reorganisation auch nicht im Mindesten alterirt ist (Auf rechts: sehr richtig). Wenn derselbe Abgeordnete behauptet hat, über die Landwehr sei zur Tagesordnung gegangen, so muß ich sagen, daß er den Beweis dafür schuldig geblieben ist. Der Abgeordnete hat auch verlangt, daß die dreijährige Dienstzeit für Jedermann zur Geltung kommen müsse; es dürfe nicht in das Belieben der Regierung gestellt werden, ob sie den einen so lange, den andern so lange dienen lassen wolle. Wenn das einen Augenblick zugegeben wird, so möchte ich daran die Frage knüpfen: Wie steht es denn, wenn Jemand einen längeren Urlaub braucht? Dann kann er ihn nicht bekommen; oder soll er erst bei dem Hause nachgefragt werden? (Oh! oh!) Das sind die Consequenzen meine Herren! Der Abg. für Götlich schwärmt für die Landwehr, daß alle Landwehrmänner dafür schwärmen, bezweifle ich.

Die Mißachtung Preußens im Auslande, die ich sehr bedauere, soll nach meiner Meinung durch die Regierung hervorgerufen sein. (Auf links: ja! ja!) Ich will nicht versichern, daß ich diese Ansicht nicht theile, ich will nur binaufliegen, daß die Landesvertretung zum Theil sich in solchen entscheidenden Gegenständen zur Regierung gestellt hat, ungeachtet die Regierung die Rechte des Landes, die Pflichten der Regierung und gleichwohl die Interessen des Landes und des Hauses wahrgenommen hat. Man hat ferner von Verfassungsbefugnisse gesprochen, dadurch, daß der König neue Offiziere angestellt habe. Meine Herren, glauben Sie, daß man die Bataillone mit Diätarien kombinieren kann? Die Inzidentität würde die Regierung gewiss nachhaken, wenn sie sich dazu verpflichtet erachtete; sie kann aber diese Verpflichtung nicht anerkennen; sie hat das Budget vorgelegt, das Haus findet, daß die Ausgaben, ohne vorherige gesetzliche Regelung gemacht sind, die Regierung ist aber in das Staatsjahr eingetreten, mit der zuverlässigen Hoffnung, daß die gesetzliche Regelung in diesem Jahre erfolgen würde. (Bewunderung.)

Der Kriegsminister wendet sich noch gegen einige Aeußerungen des Abg. für Bielefeld in Betreff der Landwehr und bemerkt, wenn derselbe weiter seine Offiziere mehr wolle, um die Verfassungsfeinde nicht zu vermehren, so fehlen mir die parlamentarischen Ausdrücke, um die Vertheiligung der so Angegriffenen zu übernehmen. Meine Herren, bedenken Sie wohl, daß die Offiziere dem König gehorchen und daß der König die Verfassung beschwören hat. Aber vielleicht hat der Abg. für Bielefeld nur jener Vorfälle gedacht, welche die Sage von der Kluft zwischen Heer und Volk herbeiführten. Schließlich bemerkt der Kriegsminister gegen den Abg. v. Ebel, daß, wenn der Abg. für Bielefeld in dessen Rede keine Logik gefunden habe, er seinerseits diesem Urtheil nur beistimme. Der herbe Anfang habe in keiner Weise zu dem milderen Schluß gefaßt. Dann schloß der Kriegsminister mit folgender persönlicher Bemerkung. Der Abg. für Krefeld hat meine politische Zuverlässigkeit in Zweifel gezogen. Wenn man mich politisch für unzuverlässig erachtet, so bitte ich mir nachzuweisen, wenn und wo das geschehen. Bis dahin aber muß ich mir solche Insinuationen entschieden verbiten. (Großer Lärm). Der Abg. General v. Pfuhl: Sehr wahr! Der Präsident: Der Abg. v. Pfuhl hat nicht das Wort. Abg. v. Pfuhl: Die Herren aber auch nicht. Der Präsident: Wenn der Abg. v. Pfuhl nicht zu sprechen aufhört, so muß ich ihn zur Ordnung rufen. Kriegsminister: Ich gehe über diesen Fall hinweg und schließe damit meinen Vortrag, indem ich mir eine Entgegnung auf den Commissionsbericht vorbehalte. (Fort. und Schluß folgt.)

Breslaner Sternwarte.

11. Sept. 10 U. Abds.	27 8,06	+11,6	W. 2.	Seiter.
12. Sept. 6 U. Morg.	27 8,86	+9,8	N. 1.	Trübe.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 11. Sept., Nachm. 3 Uhr. Die 3proz. eröffnete bei großer Geschäftstille zu 69, 70, stieg auf 69, 75 und schloß träge zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 93½ eingetroffen. Schluss-Course: 3proz. Rente 69, 65. 4½proz. Rente 96, 20. Italienische 5proz. Rente 71, 05. 3proz. Spanier 48½. 1proz. Spanier 44½. Silber-Anleihe —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 478. Credit-mobiler-Aktien 948. Lomb. Eisenbahn-Aktien 607. Oesterr. Credit-Aktien —.

London, 11. Septbr., Nachm. 3 Uhr. Wetter schön. Consols 93½. 1proz. Spanier 44½. Mexikaner 31½. Sardinier 82. 5proz. Russen 94. Neue Russen 93.

Wien, 11. Sept. Mitt. 12 Uhr 30 Min. Günstige Stimmung. 5proz. Metall. 71, 40. 4½proz. Metall. 63, —. Bank-Aktien 795. Nordbahn 134, 80. 1854er Loose 90, 75. National-Anleihe 83, 30. Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 242, 50. Creditaktien 218, 30. London 127, 25. Hamburg 95, 20. Paris 50, 40. Gold —. Silber —. Böhmische Westbahn 159, 50. Lombardische Eisenbahn 281, —. Neue Loose 132, —. 1860er Loose 91, 40.

Frankfurt a. M., 11. Sept. Am. 2 Uhr 30 Min. Für Oesterr. Fonds u. Speculationspapiere Kaufst zu besseren Preisen. Schluss-Course: Ludwigsb.-Hafen-Verb. 138½. Wiener Wechsel 91½. Darmst. Creditaktien 228½. Darmst. Zettelbank 249. 5proz. Metall. 54, 4½proz. Metall. 48. 1854er Loose 70. Oesterr. National-Anleihe 63½. Oest.-Frz. Staats-Eisenbahn-Aktien 221. Oesterr. Bank-Anteile 737. Oesterr. Credit-Aktien 197½. Neueste Oesterr. Anleihe 72. Oesterr. Elisabeth-Bahn 121½. Rhein-Nat.-Bahn 29½. Mainz-Ludwigshafen Lit. A. 129½.

Hamburg, 11. Sept., Nachm. 2 Uhr 30 Min. Fest bei beschränktem Geschäft. Schluss-Course: National-Anleihe 4½. Oesterr. Credit-Aktien 82½. Vereinsbank 101½. Norddeutsche Bank 48½. Rheinische 95½. Nordbahn 64½. Disconto —. Wien —. Petersburg —.

Hamburg, 11. Sept. [Getreidemarkt.] Weizen loco still, ab ausw. wärts gedrückt. Roggen loco fest, ab Othee und Königsberg zu 80—41 disponibel; vt. Frühjahr 75 zu beiden Verkäuf. Del pr. Oktbr. 30—41, pr. Mai 29½—41. Kaffee fest, sehr beschränkter Umsatz. Zink 1500 Ctr. loco 11½.

Liverpool, 11. Septbr. [Baumwolle.] 2000 Ballen Umsatz. — Preise etwas besser.

Berliner Börse vom 11. September 1862.

Fonds- und Geld-Course.		Div. Z.		Div. Z.	
Freiw. Staats-Anleihe	4½	102½ bz.	Oberschles. B.	7½	3½
Staats-Anl. v. 1850	52 1/2	100 bz.	ditto C.	7½	3½
ditto 1854, 55A	57 1/2	102½ bz.	ditto Prior A.	—	—
ditto 1859	1833	100½ G.	ditto Prior B.	—	—
ditto 1859	5	108 bz.	ditto Prior C.	—	—
Staats-Schuld-Sch.	3½	90½ bz.	ditto Prior D.	—	—
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	126½ bz.	ditto Prior E.	—	—
Berliner Stadt-Obl.	4½	103 G.	ditto Prior F.	—	—
Kur-u. Neumärker	3½	93 bz.	Oppeln-Tarnow	4½	50½ bz.
ditto	4½	102½ bz.	Prinz-W. (St.-V.)	4½	60 bz.
Pommersche	3½	91½ G.	Rheinische	5	4 96½ bz.
ditto neue	4	101½ bz.	ditto (St.)	4	101½ G.
Posenische	4	104½ G.	ditto Prior	—	—
ditto neue	3½	94 G.	ditto Prior	—	—
Schlesische	3½	94½ bz.	ditto III. Em.	—	—
Kur-u. Neumärker	4	100½ bz.	Rhein-Nahebahn	4½	25½ bz.
Pommersche	4	100½ bz.	Bahnhof-Crefeld	3½	113½ bz.
Posenische	4	99½ bz.	Starg.-Posener	4	126½ bz.
Preussische	4	99½ G.	Thüringer	6½	4 126½ bz.
Westf. u. Rhein.	4	99½ G.	Wilhelms-Bahn	4	57½ bz.
Sächsische	4	100½ G.	ditto Prior	—	—
Schlesische	4	100½ G.	ditto III. Em.	—	—
Louisdor	—	109½ G.	ditto Prior St.	—	—
Goldkronen	—	9 1/2 G.	ditto	—	—

Ausländische Fonds.		Div. Z.		Div. Z.	
Oesterr. Metall	5	56 bz. u. G.	Berl. K.-Verein	5 1/2	4 114½ G.
ditto 54r Pr.-Anl.	4	71½ G.	Berl. Hand.-Ges.	5	4 93½ G.
ditto neue 100 fl.-L.	—	69½ bz.	Berl. W.-Cred.-G.	5	5
ditto Nat.-Anleihe	5	65½ bz.	Frankf. Bank	4	80½ bz.
ditto Bankl. n. Wbr.	5	79½ bz.	Bremer	5 1/2	4 104½ G.
Russ.-Engl. Anleihe	5	94½ etw. bz.	Coburg. Credit A.	3	78 G.
ditto 5 Anleihe	5	88 G.	Darmst. Zettel-B.	8 1/2	4 100 1/2 bz.
ditto poln. Sch.-Obl.	4	84½ etw. bz. u. G.	Darmst. Credit-B.	5	4 90½ bz.
Poln. Pfandbriefe	4	—	Dess. Credit-B.	4	4 3½ G.
ditto III. Em.	4	88½ bz. u. G.	Disc.-Cm.-Anthl.	6	4 96½ bz. u. G.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	93 G.	Genf. Credit-B.	—	—
ditto à 300 Fl.	5	94½ G.	Geraer Bank	5 1/2	4 91½ G.
ditto à 200 Fl.	5	24 G.	Hamb.-Nord-Bank	5	4 97½ G.
Poln. Banknoten	—	88½ b. u. G.	Hamb.-Ver-Bank	5 1/2	4 99½ G.
Kursch. 40 Thr.	—	57½ G.	Hannov.	4 1/2	4 99½ G.
Baden 35 Fl.	—	31½ bz. u. G.	Leipzig	3	4 77½ G.

Actien-Course.		Div. Z.		Div. Z.	
Aach.-Düsseld.	3½	86½ G.	Aach.-Mastrieh.	3½	4 92 G.
Amst.-Rotterdam	6 1/2	4 90½ bz.	Berg.-Märkische	6 1/2	4 110 bz.
Berlin-Anhalter	8 1/2	4 139 bz.	Berlin-Hamburg	6 1/2	4 120 bz.
Berlin-Potsd. Mgd.	11	4 212 bz.	Berlin-Stettin	7 1/2	4 128½ bz.
Breslau-Freiburg	6 1/2	4 135 bz.	Cöln-Mindener	12 1/2	3 182½ bz.
Frz.-St.-Eisenb.	6 1/2	5 127 G.	Ludw.-Bexbach	8	4 139½ bz.
Magd.-Halberst.	22 1/2	4 45 G.	Magd.-Wittenbrg.	7 1/2	4 128½ bz.
Mainz-Ludw. A.	2 1/2	4 60½ bz.	Mecklenburger	4	4 98 G.
Minster-Hamm	3 1/2	4 82½ bz.	Niederschles.	4	4 99 G.
Nordb. (Fr.-W.)	3 1/2	4 65½ a 1/2 bz.	Nordb. Prior	—	—
Oesterr. Prior	—	—	Oesterr. Prior	—	—
Oberschles.	7 1/2	3 169½ bz.			

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein in Breslau.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.